

Sozialdemokrat

Zeitung der SPD Hessen-Süd

DER KOMMENTAR

DIE SPRACHE DER MENSCHLICHKEIT

Hilfe und Integration für Flüchtlinge von Anfang an



Gernot Grumbach
Vorsitzender des Bezirks
Hessen-Süd

Die Festung Europa war lange eine Metapher. Jetzt wird sie gerade errichtet. In Ungarn, in Bulgarien und anderen Ländern, meterhohe Zäune und messerscharfer Stacheldraht. Wilde Vandalenhorden auf dem Weg nach Norden? Nein, Menschen in Not, müde, hungrig und erschöpft, schon seit Wochen auf der Flucht.

Die Mehrzahl der Menschen in Deutschland hat die Herausforderung durch die große Zahl von Flüchtlingen bewundernswert angenommen, auch die Kommunen leisten Großartiges.

Privatwohnungen als Unterkünfte, Hilfen von Anfang an sprechen die Sprache der Menschlichkeit. Der harte anhaltende Widerstand gegen die rechtsextreme Minderheit übrigens auch.

Europa dagegen droht an der Flüchtlingsfrage zu scheitern. Dabei gibt es soviel zu tun. Eine gemeinsame Außenpolitik, die die Ursachen für Flucht und Vertreibung wenigstens zu reduzieren versucht. (Ich habe große Zweifel ob ein Anstieg von Waffenexporten auf den richtigen Weg führt.)

Halbwegs sichere Fluchtkorridore könnten die Zahl der Toten im Mittelmeer reduzieren. Menschenwürdige Zwischenstationen könnten Ruheräume bieten. Eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge die Grenzländer entlasten. Ja, das alles kostet Geld. Aber im Vergleich zu vielen wirtschaftlichen Rettungsaktionen der letzten Jahre deutlich kleinere Beträge. Und der Kontinent von Humanität und Menschenrechten hat einen Ruf zu verlieren.

Bleibt die Gretchenfrage: Und dann? Meine Prognose: Viele werden bleiben müssen, weil die Verhältnisse so schnell nicht besser werden. Deshalb: Bildung und Integration von Anfang an. Ein gutes Marschgepäck für die, die wieder gehen werden, ein guter Start für die, die bleiben.



Udo Bullmann MdEP

SOLIDARISCHES EUROPA STATT GREXIT

Europaabgeordneter Udo Bullmann zu Griechenland

Die Griechenland-Krise hatte sich in den vergangenen Wochen extrem zugespitzt und ganz Europa in Atem gehalten. Das Ausscheiden Griechenlands, der sogenannte „Grexit“, stand lange Zeit im Raum und wurde seitens einiger Konservativer, insbesondere von Schäuble, stark befeuert. Währenddessen haben die Tage der Unsicherheit einen ersten Vorgeschmack auf die einem Grexit folgende humanitäre Krise gegeben.

Am Ende hat die Vernunft gesiegt, Staats- und Regierungschefs konnten sich auf Verhandlungen über ein drittes Hilfspaket einigen. Das schlimmste konnte erst einmal verhindert werden, doch ein Ende der Krisenzeit ist noch lange nicht in Sicht – das europäische Projekt braucht jetzt professionelles Krisenmanagement und eine starke Sozialdemokratie.

Über fünf Monate lang währte das Hin und Her, bis der Eindruck entstand, beiden Seiten fehle es an Einigungswillen. Während die Geberländer der griechischen Regierung vorwarfen, dass es an Kompromiss- und Reformbereitschaft mangle und es Alexis Tsipras allein um

ein drittes Hilfsprogramm ohne Auflagen ginge, hieß es auf der griechischen Seite, die Geberländer wären lediglich an einer Ablösung der Regierung-Tsipras und zu einem Sparprogramm entgegen jeglicher ökonomischer Grundprinzipien interessiert.

Die griechische Verhandlungsführung hat sicherlich in vielerlei Hinsicht vermissen, unerfahren und realitätsfremd agiert, insbesondere bei der Ankündigung des Referendums. Jedoch kann die Europäische Union keinem Mitgliedsstaat die demokratische Beteiligung der eigenen Bürgerinnen und Bürger verwehren. Solche Fehler und Blockadehaltungen seitens der Gläubiger führen dazu, dass populistische Bewegungen ohne jegliche Regierungserfahrung an die Macht gelangen.

Tritt man einen Schritt zurück erkennt man, dass vor allem durch das verfehlte Troika-Programm von 2010-2015 entscheidende Jahre verschenkt wurden, ohne wirkliche Strukturreformen oder Wachstumsprozesse herbeizuführen. Bis heute hat keiner der Akteure für dieses Austeritätsprogramm Verantwortung

WIR GRATULIEREN

05.07.15

Claus Kaminsky



Wird mir 63 Prozent als Oberbürgermeister von Hanau wiedergewählt. Für den 55-Jährigen beginnt nun bereits die dritte Amtszeit.

21.06.15

Hans-Georg Brum



Am 21. Juni ist er mit 63 Prozent als Bürgermeister von Oberursel für eine dritte Amtszeit wiedergewählt worden. Seinen 60. Geburtstag hat er am 15. Juli gefeiert.

Gerda Hoffmann



Die „Grande Dame“ der Oberurseler SPD ist seit 70 Jahren Mitglied. Sie trat kurz nach Ende des Kriegs und des Nazi-terrors auf Anraten ihres Vaters in die auferstandene SPD ein. Sie war Sekretärin des späteren DGB-Vorsitzenden Willi Richter und Jahrzehnte lang Stadtverordnete und Mitglied des Magistrats.

IMPRESSUM

Informationsorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands – Bezirk Hessen-Süd
 Hrsg.: Gernot Grumbach Red.: M. Propson-Hauck (MPH), J. R. Moniri (JRM), Rheinstraße 22, 65185 Wiesbaden, Tel. 0611/99977-23, Fax 0611/99977-11

übernommen, während die Menschen in Griechenland die Folgen täglich zu spüren bekommen. Das Troika-Programm ist kein Fehler der Regierung Tsipras und darf auch nicht als solcher angesehen werden.

Das Vorgehen im Bezug auf das Referendum war sicherlich naiv, doch umgekehrt hat die verhärtete Linie der Euro-Mitgliedsstaaten und die Blockadehaltung seitens des IWFs auch nicht zu einer Verbesserung der Lage beigetragen.

Denn zu Beginn der Verhandlungen sei Griechenland bereit gewesen, die Lücke in der Finanzkalkulation durch Steuererhöhungen unter anderem auf hochprofitable Großunternehmen zu schließen. Allerdings hätten dies der IWF und einzelne Geberländer abgelehnt und stattdessen auf Rentenkürzungen bestanden. Eine solche Politik, die sich schadloos an die Schwächsten hält, ohne die oberen Gesellschaftsschichten an den Kosten zu beteiligen, hätte längst beendet werden müssen. Heute sind ein Drittel der Griechen von Armut bedroht, die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei fast 60 Prozent

und die Wirtschaft schrumpfte seit 2009 um ein Viertel. Die Antwort darauf darf nicht eine Destabilisierung Europas und das Fortsetzen der Troika-Politik sein. Nötig ist vielmehr eine andere europäische Krisenpolitik und eine gerechtere Lastenverteilung in Griechenland.

Wir brauchen verlässliche Mechanismen in Europa, um Krisen auszusteuern, mehr parlamentarisch kontrollierte Entscheidungen und eine solidarische Politik auf Augenhöhe.

In Griechenland müssen wirkliche Reformen durchgeführt werden. Die staatlichen Strukturen müssen modernisiert werden, insbesondere muss ein effektives Steuersystem aufgebaut werden. Griechenland höhere Investitionen um seine Zukunft zu sichern.

Nur gemeinsam, gerecht und solidarisch kann Europa für ein gutes Leben der eigenen Bürgerinnen und Bürger sorgen, bei uns zu Hause, wie in unseren Nachbarländern- dafür brauchen wir eine starke Sozialdemokratie. (UB)

Veranstaltungen

Frauen in Religionen

Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen Hessen-Süd lädt für Montag, 14. September, zu einer Veranstaltung mit dem Titel „Abrahamischer feministischer Dialog – Frauen in ihren Gemeinschaften und Religionen“ ab 19 Uhr ins Parteihaus nach Frankfurt, Fischerfeldstraße 7-11 ein. Anmeldung unter T.: 069/299888-140, E-Mail: Birgit.Meier@spd.de.

Vor 70 Jahren

Die Historische Kommission Offenbach will am 8. September um 19 Uhr im Else-Hermann-Haus, Hessenring 59, in Offenbach an die Wiedergründung der Partei vor 70 Jahren erinnern. Dazu sprechen Wolfgang Reuter und Dr. Felix Schwenke. Nach 12 Jahren Verbot und Verfolgung durch das NS-Regime hatte die amerikanische Militärregierung die Neugründung der Parteien Anfang September 1945 in Hessen wieder erlaubt. (MPH)

EIN JUSO AUF LEBENSZEIT

Nachruf auf Karlheinz Pfaff von Gernot Grumbach

Viel zu früh muss die SPD Hessen-Süd von ihrem Geschäftsführer Karlheinz Pfaff Abschied nehmen. Dabei klingt der volle Name völlig fremd. Ich nehme hier Abschied von Karlheinz.

41 Jahre hat er für die SPD gearbeitet, noch länger war er Mitglied. Beim Nachrechnen habe ich festgestellt, von den 41 Jahren war ich 21 Jahre irgendwie sein Chef. Und so sitze ich hier wie der Teil eines alten Ehepaares, bei dem Zuneigung und Streit ein eigenes Gleichgewicht gefunden haben. Jetzt fehlt beides.

Man könnte sagen, Karlheinz hat in den 41 Jahren einen guten Job gemacht, aber das wäre zu wenig. Er hat die SPD zu einem Teil seines Lebens gemacht und seine Lebenskraft hineingesteckt – bis zuletzt. Karlheinz hat von sich immer zuviel verlangt, aber auch zu viel von anderen

Er war ein Beispiel für den Aufstieg in der SPD: vom Handwerker zum gleichwertigen Gesprächspartner von Abgeordneten und Ministern. Das Selbstbewusstsein war da. Wer einmal erlebt hat, mit welchem Nachdruck er Minister zu Wahlkampfauftritten ge-



Karlheinz Pfaff starb am 19. Juli

drängt hat, weiß wovon ich rede. Viele Amtsinhaber sind Karlheinz dankbar, weil er ihnen geholfen hat auf dem Weg zu Amt und Mandat, unzählige Wahlkämpfe, die er versucht hat, zum positiven zu wenden. Für sich selber konnte er diesen Weg

nicht realisieren. Auch bei persönlichen Problemen hat er sich eingesetzt. Lange Nächte der Diskussion bei Lebenskrisen, Begleitung und Unterstützung bei Krankheit, wochenlanges Bemühen um Austrittswillige.

Politisch hat er sich eingesetzt, für die, die besonders viel Unterstützung brauchen, für Chancengleichheit und Wahlrecht bei Migrantinnen, für Flüchtlinge, für Jugendliche ohne Perspektive.

Da fand er neben der Arbeit immer noch zusätzliche Zeit. Karlheinz war ein politischer Kämpfer, Asylrecht, Hartzgesetze, Atomenergie, dort wo er was nicht in Ordnung fand, hat er Position bezogen. Die Jusos nannten ihn zu Recht einen „Juso auf Lebenszeit“.

Wo andere längst aufgegeben hatten, hat er weiter gekämpft. Solche Menschen, die nicht aufgeben, brauchen wir mehr. Er hatte nie ein politisches Hauptamt und gehört dennoch zu den prägenden Politikern der südhessischen SPD. Wir trauern um einen aufrechten, unbeugsamen Sozialdemokraten. Wir trauern um den Freund an unserer Seite.

Danke für alles, Karlheinz!

EINE CHANCE FÜR HESSEN

Michael Siebel im Interview: Rahmenbedingungen für preiswerten Wohnraum schaffen

Was bedeutet die Allianz für Wohnen in Hessen?

Die Allianz für Wohnen kann für Hessen eine Chance sein. Die SPD hatte ein „Bündnis für preiswerten Wohnraum“ bereits im letzten Jahr gefordert. Ein solches Bündnis gibt es auf Bundesebene und es macht Sinn, das auch in den Ländern zu tun. Aber es kommt darauf an, wie man's macht. Wenn die Allianz nur ein Gesprächskreis bleibt, wird sie nichts bewirken. Wenn aber das Ziel ist, Rahmenbedingungen für preiswerten Wohnraum zu schaffen, dann kann dort etwas bewirkt werden.

Wie können Rahmenbedingungen geschaffen werden, dass Wohnen auch für Menschen mit mittleren oder kleinen Einkommen erschwinglich bleibt?

Zuerst muss die Landesregierung die Verordnung vorlegen, die das Programm zu Schaffung von Wohnraum für mittlere Einkommen vorlegt. Wie man das am Besten macht, könnte in der Allianz be-

sprochen werden. Möglich wäre eine Vereinbarung mit den Kommunen, die angespannte Wohnungsmärkte haben, mit der Landesregierung eine Vereinbarung treffen, dass bei Bebauungsplanverfahren beispielsweise 30 Prozent für Sozialwohnungen festzulegen ist und das Land zusagt, eine entsprechende Landesförderung zur Verfügung zu stellen.

Was hat die hessische Bauordnung damit zu tun?

Bei der Novelle der Bauordnung muss alles unternommen werden, um kostengünstiger zu bauen. Das gilt für Brandschutzauflagen wie auch für spezielle Auflagen für Sonderwohnformen. Nach Berechnungen der Wohnungswirtschaft könnten so 15 Prozent der Erstellungskosten gespart werden.

Wie kann man mehr Flächen für Wohnungsbau bekommen, ohne die letzten Grüngürtel unserer Städte zu betonieren?



Foto: Bodo Hauck

Neue bezahlbare Wohnungen sind überall knapp.

Eine der Möglichkeiten ist die Nachverdichtung im Bestand. Es gibt Modelle in meiner Heimatstadt Darmstadt, bei denen die Wohnfläche verdoppelt wurde, die Energiebilanz deutlich verbessert und das Wohnumfeld attraktiver gemacht werden konnte. Aber wir werden nicht darum herum kommen, auch neue Flächen für den Wohnungsbau zu mobilisieren.

(Interview: MPH)

PERSONALKOSTEN IM UNGLEICHGEWICHT

Warnstreik in Frankfurt / Mitarbeiter des Bezirks Hessen-Süd wollen mehr Geld

Im Bezirk Hessen Süd ringen Bezirksvorstand und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen seit geraumer Zeit um die Erhöhung der Entlohnung. „Bei dem Tarifkonflikt geht es im Kern um das Gleichgewicht zwischen Personalkosten und politischen Ausgaben. Wenn wir nicht die Ausgaben für Arbeitsgemeinschaften und andere politische Aktivitäten weiter kürzen wollen, ist es notwendig, den Anstieg der Personalausgaben zu verlangen“, erläutert der Bezirksvorstand unisono seine Position.

Man habe nun einen Weg gewählt, der die zunehmenden Überstunden der Mitarbeiter in die Arbeitszeit einbeziehe und dafür einen leichten Anstieg der Gehälter vorsehe: Der letzte Stand der Verhandlungsangebote sieht deshalb eine Arbeitszeit von 37,5 Stunden verbunden mit einem flexiblen Jahresarbeitszeitkonto vor, das sind 2,5 Stunden mehr als im alten Tarifvertrag vorgesehen waren. Jeder Mitarbeiter soll dafür eine Gehaltserhöhung von mindestens 3,14 Prozent erhalten. Für die zwei Jahre tariflose Zeit soll eine Einmalzahlung

von 1500 bis 2000 Euro entschädigen, Teilzeitbeschäftigte sollen die Summe anteilig erhalten.

„Damit würde jeder Beschäftigte in Zukunft mehr Gehalt bekommen als heute“, so die Position des Bezirksvorstands. Verdi und die Beschäftigten dagegen wollen nach wie vor, dass die Mehrarbeit zusätzlich entlohnt wird.

Hinzu kommen im Angebot der SPD als Arbeitgeber 32 Urlaubstage, 10 Tage Bildungsurlaub jährlich, eine betriebseige-

vermögenswirksame Leistung von 40 Euro monatlich, hohe Jubiläumszuwendungen und ein Sterbegeld von 2 Monatsentlohnungen.

Im Vergleich zum alten Tarifvertrag würde sich die Arbeitszeit also um 2,5 Stunden pro Woche erhöhen, und es fällt auch de facto ein halbes Monatsgehalt durch Integration von Weihnachtsgeld ins Gehalt weg. Auch Privilegien wie zusätzliche freie Tage zwischen Weihnachten und Neujahr und am „Wäldchestag“ sowie weitere Dienstbefreiungen, sowie ein hohes Sterbegeld von bis zu sechs Monatsgehältern ein besonderer Kündigungsschutz nach 15 Jahren sind nicht mehr vorgesehen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der SPD Hessen-Süd sind deshalb an einem Freitagnachmittag im Juli in den Warnstreik getreten, um ihre Forderungen in den seit zwei Jahren in sechs Verhandlungsrunden ergebnislos geführten Tarifverhandlungen zu bekräftigen, die Medien berichteten – nicht ohne eine gewisse Häme. Vor dreieinhalb Jahren war der Tarifvertrag von Seiten des Bezirks gekündigt worden. Betroffen sind etwa 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. (GG/MPH)



Die Beschäftigten des Bezirks wollen mehr Geld

ne Zusatzversorgung von 6,8 Prozent des Bruttogehaltes, von denen der Arbeitgeber Zweidrittel übernimmt, die Erstattung der Fahrtkosten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte bis zu 35 Kilometern, voller Lohnausgleich bei Krankheit (gestaffelt nach Zugehörigkeit) bis zu 52 Wochen,

Mehr Migranten auf vordere Listenplätze

Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt fordert Partizipation

Die politische Teilhabe von Migrantinnen und Migranten will die AG Migration und Vielfalt durch vermehrte Kandidaturen für Stadtparlamente und Kreistage fördern.

Die AG fordert deshalb alle Ortsvereine und Unterbezirke auf, den Migrantenanteil auf aussichtsreichen Listenplätzen zu erhöhen. Die Kandidaten und Kandidatinnen sollen auch im Wahlkampf unterstützt werden. Dazu bietet die AG Flugblätter in mehreren Sprachen an, die das Wahlprogramm der SPD erläutern und so einen Zielgruppenwahlkampf unterstützen. Ein Workshop ist ebenfalls im Angebot für die Ortsvereine.

Auch sollen andere Migrantengruppen als bisher einbezogen werden: alle, die sozialdemokratische Grundsätze tei-

len, forderte der Vorstand der AG auf einer Klausurtagung.

Solange es kein Wahlrecht für Ausländer gibt, sei es nötig, die Ausländerbeiräte in den Kommunen und Kreisen stärker zu unterstützen. Diese sollten mehr Rechte bekommen, ideal wäre Rede- und Antragsrecht in den kommunalen Parlamenten.

Zu den in Hessen im November anstehenden Wahlen der Ausländerbeiräte sollen die SPD-Ortsvereine Unterstützung anbieten, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen. Während der Legislaturperiode dürfen die Fraktionen den Kontakt nicht abreißen lassen.

Der Bezirk hat zwar eine gut funktionierende Migrations-AG, aber nicht alle Unterbezirke haben entsprechende Arbeitsgemeinschaften gegründet.

Das will der Bezirksvorstand vorantreiben. Integration findet vor allem in den Ortsvereinen statt. Deshalb müssen sich diese um kommunale Integrationsprobleme kümmern und zusammen mit den Migranten gemeinsame Lösungsansätze diskutieren und umsetzen.

In der Flüchtlingsfrage will der Vorstand einen neuen Vorstoß zur Änderung der europäischen Flüchtlingspolitik machen. Eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge in Europa durch Aufhebung der Dublin III Regelung, eine Quotenregelung und eine verbesserte, faire Finanzierung durch den Bund zur Entlastung der Kommunen muss gewährleistet werden.

Außerdem wird die berufliche Integration von Migranten und Migrantinnen sowie Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt ein weiteres Thema sein. (Uta Zapf)

TERMINE

TONI-SENDER-AKADEMIE

26./27.09.15 Freude am politischen Streik (Wiesbaden)

10.10.15 Ich will hier rein! Neumitgliederseminar (Frankfurt)

17.10.15 Erfolgreiche Anträge auf Parteitage (Frankfurt)

14.11.15 (M)eine Story in Social Media (Frankfurt)

28.11.15 Auf den Punkt gebracht - Medienarbeit (n.n.)

Weitere Infos und Anmeldung unter Tel.: 06 11/9 99 77 19, E-Mail: toni-sender-akademie@spd.de oder Internet www.toni-sender-akademie.de

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG HESSEN

17.09.15 Kompakt: Small Talk (Wiesbaden)

25./26.09.15 Projektmanagement (Kochsberg)

09.10.15 Argumentationstraining (Steinbach)

13./14.11.15 Argumentationstraining (Hofgeismar)

Infos und Anmeldung: Landesbüro Hessen, Tel.: 06 11/34 14 15-0, E-Mail: landesbuero.hessen@fes.de oder Internet www.fes.de/hessen

AKADEMIE FÜR KOMMUNALPOLITIK HESSEN e.V. (AFK)

17.09.15 Der knackige Donnerstag: Networking (Wiesbaden)

10.09.15 Kommunalpolitik für Senioren

26.09.2015 Das goldene Kalb - Doppik II (Wiesbaden)

08.10.15 Der knackige Donnerstag V-Zeitmanagement (Wiesbaden)

07.11.15 Lebendige Kommunalpolitik - Neue Veranstaltungsformen (Gießen)

10.11.15 Schaffe, schaffe, Häusle baue - Baurecht (Gießen)

Infos und Anmeldung unter Tel.: 0611/3601176, E-Mail: info@afk-akademie.de oder im Internet unter www.afk-akademie.de